

# Die Geister scheiden sich – weiter und weiter

Reizthema: A-5-Anschluss Baden-Airpark

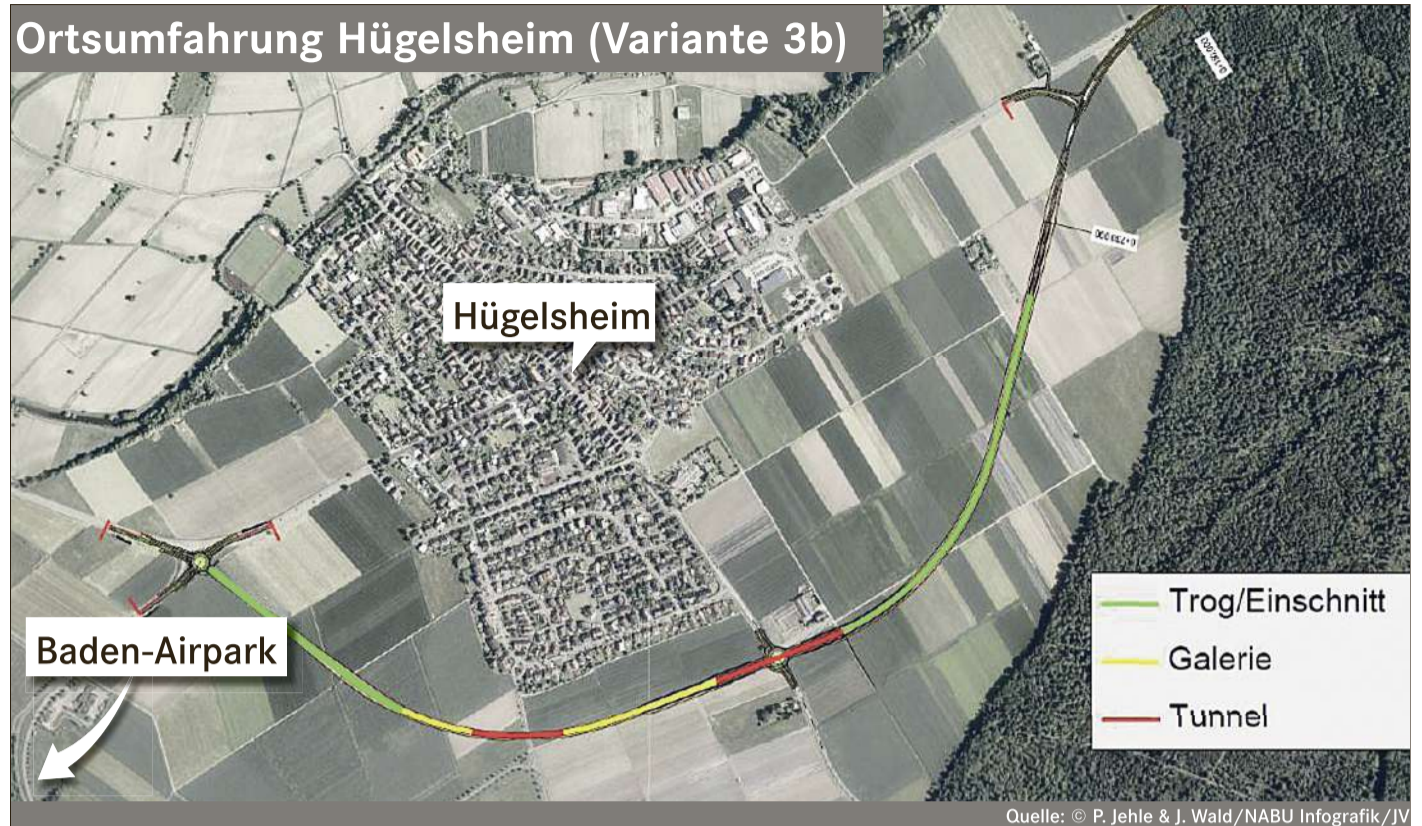
Von Florian Kreckel

**Sinzheim – Irgendwann war die Diskussion im Bürgersaal des Sinzheimer Rathauses gestern an dem Punkt, an dem Boris Weirauch (SPD), Mitglied des Petitionsausschusses im Landtag, dann doch mal feststellen musste: „Wir wollen doch eine inhaltliche Lösung. Bleibt also im Kern die Frage: Wird die Variante 3b geprüft oder nicht?“ Da waren schon gut zwei Stunden an Wortakrobatik durch den Saal geklungen. Das Thema? Ein Reizthema: Ostanbindung des Baden-Airparks an die Autobahn mit eigener Auffahrt oder doch lieber Umfahrung von Hügelsheim?**

Denn Letztere ist eindeutig die Variante, die der Naturschutzbund NABU sowie die Bürgerinitiativen Halberstung und „Verhinderung Ostanbindung“ befürworten. Das Problem: Die Naturschützer und Bürgervertreter fühlen und fühlen sich vom Landratsamt nicht gehört – ja übergangen. Denn im Planfeststellungsverfahren, das das Landratsamt

zur Überprüfung an das Regierungspräsidium gesandt hat, ist von der Variante 3b – der Ortsumfahrung von Hügelsheim (siehe Karte) – keine Rede. Das Planfeststellungsverfahren beschränkt sich aktuell auf die Ostanbindung. Nach stundenlanger Rede und Widerrede über Einsendetermine, Kramen in Unterlagen, Nichtfinden derselben blieb am Ende dann alles doch wieder auf die Frage von Boris Weirauch fokussiert: „Wird 3b geprüft, ja oder nein?“

Erst nach diesem erneuten Insistieren wusste Landkreiszweitzern Claus Haberecht eine dem Verfahren zuträgliche Antwort klar zu geben: „Ja, das müssen wir sogar prüfen.“ Er könne und wolle aufgrund des laufenden Verfahrens nicht auf jedes Detail eingehen, aber im Zuge der Planoffenlage der Variante „Ostanbindung“ sei die Version „3b – Umfahrung Hügelsheim“ eingebracht worden. Sie werde deshalb vom Landratsamt mit derselben Genauigkeit geprüft wie alle anderen Varianten zuvor, denn dem RP müsse eine Vergleichbarkeitsprüfung ermöglicht werden, sagte Haberecht. Befürchtungen,



gen, dass dieses Vorgehen das Verfahren lange hinauszögere, widersprach Haberecht im BT-Gespräch klar. „Bis September sollte ein Ergebnis der Prüfung von Variante 3b durch uns vorliegen.“

Im Kern entspricht das der Forderung des NABU und der Bürger, doch die nutzten die Anhörung mit den Vertretern des Landespetitionsausschusses vor allem auch noch mal, um ihre Argumente gegen die Ostanbindung vorzubringen. Dabei spielten besonders Verkehrsschätzungen eine Rolle, die untermauern sollten, dass

die Entlastung mit der Ostanbindung für Hügelsheim quasi inexistent ist. Demnach wäre der Verkehr im Jahr 2030 in der Hügelsheimer Hauptstraße genauso hoch wie heute, trotz Ostanbindung, da viele Fahrzeuge aus Richtung Rastatt, Frankreich und der Pfalz kämen. Martin Klatt vom NABU wandte ein, dass die Ostanbindung ein durch EU-Recht geschütztes Habitat und einen selten gewordenen zusammenhängenden Naturraum zerstöre. Der NABU werde daher in jedem Fall klagen, sollte die Ostanbindung beschlossen

werden. Der NABU plädiere für die von fachkundigen Bürgern ausgearbeitete Umfahrungsvariante von Hügelsheim. Sie soll, um die Bürger des Spargeldorfes nicht zusätzlich zu belasten, auf weiten Strecken in Tunnel-, Galerie- oder Trogbauweise ausgeführt werden. Das Verkehrsministerium kalkuliert dafür allerdings mit Kosten von mehr als 50 Millionen Euro (plus vierspuriger Ausbau B 500) – die Ostanbindung würde Haberecht zufolge gerade mal knapp 24 Millionen kosten. „Ein Projekt einer solch großen Größenordnung kann

das Land nicht so schnell stemmen“, gab denn auch der Vertreter des Ministeriums im Hinblick auf die Variante 3b zu bedenken. Und auch die Gemeinde Hügelsheim selbst favorisiert die Ostanbindung – man könne aber notfalls auch mit der Version 3b leben, sollte es nicht anders gehen. „Das wäre im schlimmsten Fall okay“, so Bürgermeister Reiner Dehmelt wörtlich. Sinzheim favorisiert ebenfalls die Umfahrungsvariante, da man in der Stabskommune eine Mehrbelastung für Schiftung und Halberstung befürchtet.

## Hohe Akzeptanz für den Nationalpark

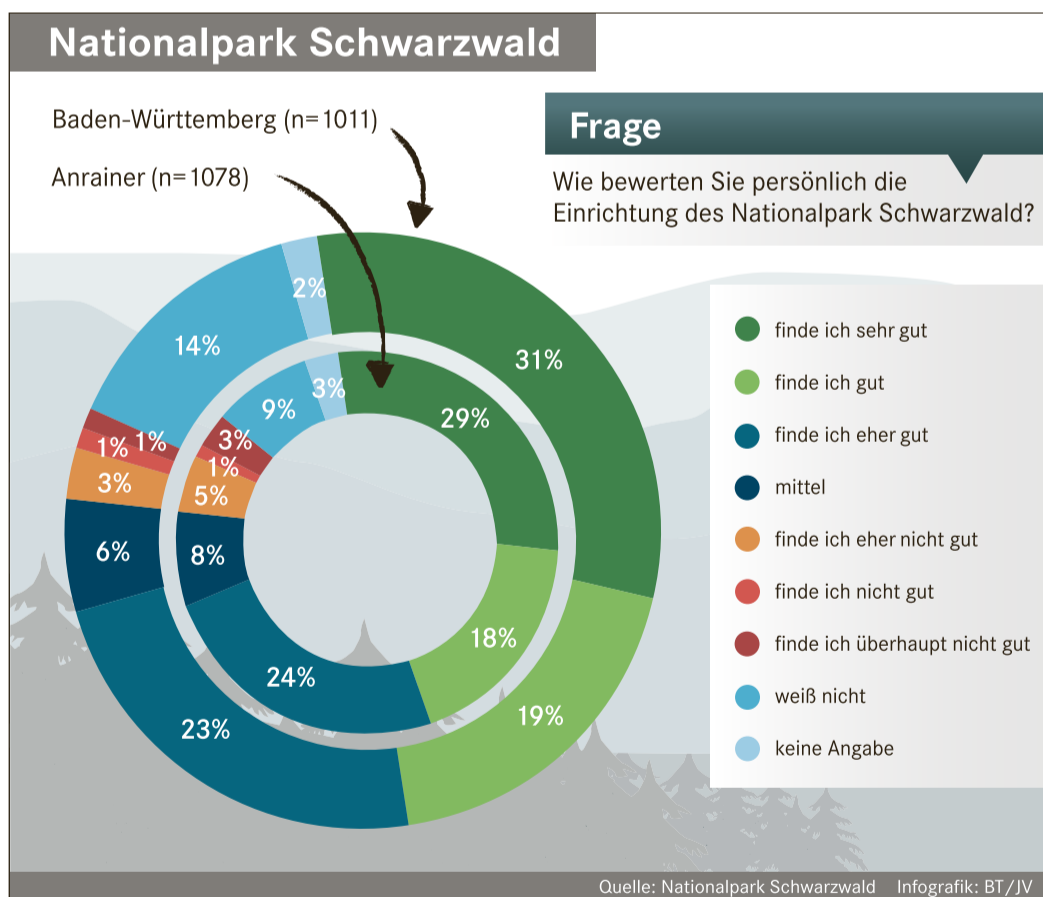
Erste Ergebnisse einer Langzeituntersuchung zu Themen wie Natur und Wildnis

Von Volker Neuwald

**Baden-Baden – Wie entwickelt sich die Akzeptanz des Nationalparks Schwarzwald über die Jahre hinweg? Wie verändern sich die Beziehungen der Menschen zu Natur und Wildnis allgemein? Antworten auf diese Fragen stehen im Mittelpunkt einer repräsentativen Studie, deren Ergebnisse die Nationalparkverwaltung gestern vorstellte. Sie bildet den Auftakt zu einer Langzeituntersuchung.**

Dass den Menschen die Natur am Herzen liegt, dass sie sich nach Wildnis sehnen und dass sie freilebende Tiere beobachten möchten – spektakulär neu sind diese Erkenntnisse nicht. Sie bestätigen allerdings einen starken Trend, der für die Sozialwissenschaftler im Nationalparkteam spannend ist. Deshalb stellten gestern auf dem Ruhestein die Ethnologin Dr. Susanne Berzborn und der Soziologe Manuel John Details der Studie vor.

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat im Auftrag des Nationalparks im Sommer 2016 insgesamt 2067 Bürger befragt, darunter 1076 in den Stadt- und Landkreisen, die an das Großschutzgebiet grenzen. Mit Hilfe von Fragebögen wurden Menschen ab 14 Jahren telefonisch interviewt, die Gespräche dauerten rund 15 Minuten. Von den Befragten wurden 50 Personen einige Wochen später nochmals für 15 bis 20 Minuten zu den Themen Erholung und Wildnis interviewt. „Diesmal konnten sie sich ausführlich und frei äußern“, erklärt Berzborn. „In regelmäßigen Abständen, etwa alle fünf Jahre, sollen die Interviews mit diesen Personen wiederholt werden, um Einstellungen über einen längeren Zeitraum untersuchen zu können“, ergänzt John. Konkretes



Beispiel: 2016 standen 75 Prozent der Befragten der Wiederansiedlung des Wolfs im Nationalpark sehr positiv oder positiv gegenüber, nur 24 Prozent waren eher oder absolut dagegen. „Ob diese hohe Zustimmung bei der nächsten Befragung auch noch erzielt wird?“, fragt John. Diese ist 2021 vorgesehen.

Doch auch in der Zeit dazwischen will man mit möglichst vielen Bürgern und Besuchern Kontakt halten, zum Beispiel mit „Go-along-Interviews“, also Gesprächen beim Wandern im Wald. „Wir erhalten dadurch auch Hinweise für unsere Angebotsentwicklung“, sagt Berzborn. So wünschen sich viele Befragte eine geschützte Wildtierbeobachtungsstelle oder Informationen

zur Naturbildung, die sie an Kinder und Jugendliche weitergeben können.

Was die Akzeptanz des Nationalparks angeht, bewerten ihn drei Viertel aller Befragten positiv. Lediglich drei Prozent finden die Einrichtung nicht oder überhaupt nicht gut. Neu ist, dass die Unterschiede zwischen den landesweit Befragten und denen in der Region nur noch verschwindend gering ausfallen (siehe Grafik). Der einst heftige Widerstand gegen das Großschutzgebiet ist abgeflaut.

Die Zahlen lassen sich noch weiter auf die Land- und Stadtkreise herunterbrechen, sind dann aber wegen der geringen Zahl der Befragten nicht mehr repräsentativ, wie Susanne Berzborn betont. Im Landkreis

Freudenstadt (154 Befragte) sehen 56 Prozent den Nationalpark positiv, 13 Prozent finden ihn nicht oder überhaupt nicht gut. Im Ortenaukreis (552 Befragte) ist das Verhältnis 74 zu vier Prozent, im Stadtkreis Baden-Baden (71 Befragte) 78 zu zwei Prozent und im Landkreis Rastatt (299 Befragte) 72 Prozent Zustimmung zu zwei Prozent Ablehnung.

Die über 50-Jährigen zählen zu den stärksten Befürwortern. Menschen mit Abitur oder Fachhochschulreife beurteilen die Einrichtung des Schutzgebiets signifikant häufiger mit „sehr gut“ oder „gut“ (54 Prozent) als solche mit mittlerem Bildungsabschluss (41 Prozent). Und ein Viertel aller 2087 Befragten hat den Nationalpark auch schon besucht.

## Zukunft von „ella“ weiter unklar

Eisenmann im Schulausschuss

**Stuttgart (bjhw) – Die Entwicklung und Einrichtung der neuen Bildungsplattform „ella“ für alle Lehrkräfte und Schüler im Land ist das größte Digitalisierungsprojekt der Legislaturperiode. Dementsprechend interessiert ist die Opposition im Landtag daran zu klären, wer die politische Verantwortung für das vorläufige Scheitern trägt. Im Schulausschuss machte Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) gestern deutlich, dass sie vor allem das für Digitalisierung zuständige Innenministerium in der Pflicht sieht, das „natürlich“ für die Umsetzung zuständig sei.**

Noch vor der Sommerpause, möglicherweise auch in einer Sondersitzung des Schulausschusses, will die Ministerin über das weitere Vorgehen informieren. Zunächst wird eine Stellungnahme des Dienstleisters Kommunale Datenverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zu der Mega-Panne abgewartet. Danach wird geprüft, ob die bisherigen Pro-

jektpartner weiterarbeiten können oder nicht. Eisenmann stellte auch noch einmal klar, dass die inhaltlichen Voraussetzungen aus Sicht der Lehrenden und Lernenden erfüllt seien. Die bundesweit einmalige Plattform sollte ab Februar an 100 Schulen getestet werden. Nach Angaben des Innenministeriums musste der Probebetrieb aus „Kapazitätsgründen“ gestoppt werden.

Geplant sind nicht nur einheitliche E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte, sondern umfangreiche Möglichkeiten der Kommunikation von und über Arbeiten oder der landesweite Austausch dank der datensicheren Bildungscloud. Ein vom Kultusministerium beauftragter und bezahlter Gutachter, wie Eisenmann mehrfach betonte, attestierte allerdings umfangreiche Mängel.

Die SPD- und FDP-Landtagsfraktionen drohen weiterhin mit der Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

## Zehnjähriger auf Motorrad

**Schelklingen (lsw) – Ein Zehnjähriger ist in Schelklingen (Alb-Donau-Kreis) Motorrad gefahren. Wie die Polizei gestern mitteilte, war Beamten zunächst ein Rollerfahrer ohne Helm aufgefallen, hinter dem die Maschine fuhr. Die Streife folgte den Zweirädern und kontrollierte die Fahrer. Wie sich herausstellte, saß ein 59-Jähriger ohne Helm auf dem Roller – und hatte seinen Sohn auf dem nicht zugelassenen Motorrad fahren lassen. Den Vater erwartet eine Anzeige.**

## Helfer wird gewürdigt

**Stuttgart (lsw) – Ein ange-trunkener Mann hat einen Lokführer in Stuttgart an einer Bahnstation gewürgt, weil dieser einen Krankenwagen rufen wollte. Laut Polizei war der 38-Jährige beim Aussteigen zwischen Bahn und Bahnsteigeraten. Der Mann konnte sich selbst befreien, legte sich aber anschließend auf den Boden und täuschte Bewusstlosigkeit vor. Als der Lokführer den Rettungsdienst rufen wollte, ging der 38-Jährige auf ihn los. Reisende überwältigten ihn.**